

Länderbericht Sambia 2022/ 2023

Die Regierung verpflichtete sich, das Gesetz über die Diffamierung des Präsidenten aufzuheben, das Gesetz über die öffentliche Ordnung zu ändern und die Todesstrafe abzuschaffen. Menschen mit Albinismus waren gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt, und die Rechte von LGBTI-Personen waren zunehmend bedroht. Die geschlechtsspezifische Gewalt hat zugenommen, wovon Frauen und Mädchen unverhältnismäßig stark betroffen sind. Kinder und Frauen klagten weiterhin auf Entschädigung für die durch den Bleimineralabbau verursachten Gesundheitsschäden. Die Regierung erfüllte ihr Versprechen, kostenlose Bildung einzuführen. Das Recht auf Wohnen wurde durch Zwangsräumungen verletzt.

Hintergrund

Der Generalsekretär von Amnesty International besuchte Sambia im März, um die Fortschritte der Regierung bei der Umsetzung ihres Wahlmanifests unter anderem zum Schutz der Menschenrechte zu überprüfen.

Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit

Bei der Wahrung der Rechte auf friedliche Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sind positive Entwicklungen zu verzeichnen. Am 9. September kündigte Präsident Hichilema an, dass Änderungen des Gesetzes über die öffentliche Ordnung (Public Order Act - POA) und die Aufhebung des Gesetzes über die Diffamierung des Präsidenten auf der nächsten Parlamentssitzung im Januar 2023 vorgelegt werden sollen. Das Gesetz über die öffentliche Ordnung wird seit langem dazu benutzt, das Recht auf friedliche Versammlung von Oppositionsparteien und Organisationen der Zivilgesellschaft einzuschränken. Gemäß Abschnitt 5(4) des Gesetzes muss jeder, der sich versammeln oder eine öffentliche Versammlung, einen Umzug oder eine Demonstration einberufen will, dies sieben Tage im Voraus bei der Polizei anmelden, wobei eine förmliche Genehmigung durch die Behörden nicht erforderlich ist. Die Polizei legte diese Bestimmung jedoch so aus, dass eine Genehmigung erforderlich ist, bevor eine öffentliche Versammlung stattfinden kann.

In der Vergangenheit wurde das Gesetz über die Verleumdung des Präsidenten, das in Abschnitt 69 des Strafgesetzbuches verankert ist, dazu benutzt, jegliche Kritik am Präsidenten zum Schweigen zu bringen. Es sieht eine Höchststrafe von drei Jahren Gefängnis für jeden vor, der sich der Veröffentlichung von verleumderischem oder beleidigendem Material in schriftlicher, gedruckter oder mündlicher Form mit der Absicht schuldig gemacht hat, Hass, Spott oder Verachtung gegen den Präsidenten zu schüren.

Die Polizei griff weiterhin auf das Gesetz zurück, um Regierungskritiker und Oppositionsführer zu verhaften, wodurch das Recht auf freie Meinungsäußerung weiter bedroht wurde. Im Januar 2022 wurde Raphael Nakacinda von der wichtigsten Oppositionspartei, der Patriotischen Front, wegen Verleumdung des Präsidenten verhaftet. Zuvor hatte er auf einer Wahlkampftour im Mapoloto-Gebiet in Chilenje (einem Wohngebiet in der Hauptstadt Lusaka) behauptet, der Präsident und seine "ausländischen Freunde" planten die Vertreibung der Mapoloto-Bewohner, um Platz für ein Einkaufszentrum zu schaffen.

Am 24. Juni wurden Justine Chimpinde und Danny Kapambwe aus dem Bezirk Chienge in der Provinz Luapula wegen Beleidigung des Präsidenten auf TikTok zu 24 Monaten Haft mit Zwangsarbeit verurteilt. Vor der Urteilsverkündung wurden sie in der Haft von bewaffneten sambischen Armeeingehörigen geschlagen. Am 1. September wurde Sean Tembo, Vorsitzender der Oppositionspartei Patriots for Economic Progress, verhaftet, weil er die monatlichen Treibstoffhöhungen des Präsidenten kritisiert hatte. Er verbrachte sechs Tage auf der Woodlands-Polizeistation in Lusaka, bevor er angeklagt und gegen Kautionsfreilassung wurde. Die Polizei gab ihm die Schuld an der langen Haftzeit, da er in Abwesenheit seiner Anwälte nicht angeklagt werden wollte.

Todesstrafe

Am 24. Mai 2022 verpflichtete sich Präsident Hichilema mit der Nationalversammlung zusammenzuarbeiten, um die Todesstrafe abzuschaffen und wandelte die Urteile von 30 zum Tode Verurteilten in lebenslange Haftstrafen um. Er bekräftigte diese Zusage am 9. September in seiner Rede zur Eröffnung der zweiten Sitzungsperiode des Parlaments.

Diskriminierung

Menschen mit Albinismus

Menschen mit Albinismus waren gewalttätigen Angriffen und Verstümmelungen ausgesetzt, die auf abergläubische falsche Vorstellungen über Albinismus zurückzuführen waren. Im Januar entdeckte ein Mitglied einer örtlichen Einheit zur Verbrechensbekämpfung das verwüstete Grab eines 12-jährigen Jungen, dem die Hand abgehackt worden war. Die Polizei, die den Tatort auf dem Dorffriedhof von Mungwalala im Bezirk Chama in der Ostprovinz besuchte, bestätigte, dass das Grab und die Leiche manipuliert worden waren. Die Täter waren Ende des Jahres noch nicht identifiziert.

Am 25. Juni trennten drei Männer einem 10-jährigen Jungen im Bezirk Mkushi in der Zentralprovinz den Zeigefinger ab, während seine Eltern in der Kirche waren. Die Polizei fahndete nach einem Verdächtigen, der nur als "Kendrick" identifiziert wurde und von dem man annimmt, dass es sich um einen Anwohner handelt, sowie nach zwei weiteren, noch nicht identifizierten Männern wegen schwerer Körperverletzung.

LGBTI-Menschen

Die Rechte von LGBTI-Personen wurden zunehmend bedroht, da Regierungsbeamte, führende Vertreter von religiösen Organisationen und andere Bürger einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen in Online- und Offline-Medien öffentlich verurteilten. Mitglieder der von Brian Sampa gegründeten homophoben #BanNdevupaNdevu #BanHomosexuality-Bewegung veranstalteten Proteste und riefen über WhatsApp zur Gewalt gegen und zur Tötung von Menschen auf, die verdächtigt wurden, schwul zu sein. Im Mai erklärte Präsident Hichilema, dass seine Regierung zwar die Menschenrechte respektiere und hochhalte, aber die Rechte von Homosexuellen nicht unterstütze, und begründete dies damit, dass Sambia eine christliche Nation sei. Er sagte dies, nachdem die schwedische und die finnische Botschaft in Sambia Berichten zufolge aus Solidarität mit den Rechten von LGBTI-Personen die Regenbogenflagge zusammen mit ihren Landesflaggen gehisst hatten.

Im September löste der Lusaka July, eine jährliche Mode- und Lifestyle-Veranstaltung, weitere Angriffe auf die Rechte von LGBTI-Personen aus. In homophoben Kommentaren in den Medien und auf Social-

Media-Plattformen wurde die Veranstaltung als Plattform für die LGBTI-Agenda bezeichnet und unterstellt, dass es sich um einen vom Westen gesponserten Angriff auf die religiösen und kulturellen Werte Sambias handele. Es wurde dazu aufgerufen, jeden, der sich während der Veranstaltung wie eine schwule oder lesbische Person kleidete, verhielt oder aussah, zu verhaften und anzuklagen. In anderen Kommentaren wurden LGBTI-Personen für einen Anstieg der Berichte über Vergewaltigungen von Jungen und Männern verantwortlich gemacht. Der katholische Erzbischof von Lusaka beschuldigte den Präsidenten und die Strafverfolgungsbehörden, die seiner Meinung nach zunehmenden Vorfälle im Zusammenhang mit einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen sexuellen Beziehungen zu ignorieren.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist nach wie vor weit verbreitet. Aus den von der sambischen Polizei veröffentlichten Statistiken für das erste Quartal 2022 geht hervor, dass 6.915 Fälle von geschlechtsspezifischer Gewalt gemeldet wurden, verglichen mit 4.254 Fällen im ersten Quartal 2021. Von den 6.915 Überlebenden waren 58,7 % Frauen und 25,6 % Kinder, von denen 72,6 % Mädchen waren. Frauen und Mädchen machten 77,3 % aller Überlebenden aus. Der Anstieg setzte sich im zweiten Quartal mit 7.589 gemeldeten Fällen fort, was einem Anstieg von 1.441 Fällen gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres entspricht. Zwischen Januar und August wurden 1.066 Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern registriert.

Umweltzerstörung

Am 9. Mai beantragten Amnesty International und das Southern Africa Litigation Centre den Beitritt zu einer laufenden Sammelklage in Südafrika, die von sambischen Kindern und Frauen gegen den globalen Bergbaugiganten Anglo American eingereicht wurde. Die Kläger fordern eine Entschädigung für die weit verbreiteten und langfristigen Auswirkungen von Bleivergiftungen, die durch den Bergbau in Kabwe in der Zentralprovinz verursacht wurden.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Recht auf Bildung

Im Januar erfüllte die Regierung ihr Wahlversprechen, eine kostenlose Grund- und Sekundarschulbildung einzuführen. Im Juli kündigte das Bildungsministerium die Einstellung von 30.496 Lehrern an, um das Bildungssystem weiter zu verbessern und das Recht auf Bildung zu gewährleisten.

Recht auf Wohnen

Am 20. August riss der Gemeinderat von Chingola mehr als 300 Häuser ab, die auf einem Grundstück der Zivilluftfahrtbehörde in der Nähe des Flugplatzes Kasompe im Distrikt Chingola auf dem Copperbelt errichtet worden waren. Der Stadtrat behauptete, dass er das Land nicht zugewiesen hatte und dass die Gebäude ohne die Baugenehmigung der örtlichen Behörde errichtet wurden. Den betroffenen Anwohnern wurde keine Gelegenheit zu einer echten Konsultation gegeben, da der Stadtrat von Chingola Berichten zufolge am 19. August eine Sitzung abhielt, um die Abrissarbeiten zu planen, und diese am folgenden Tag um 2 Uhr morgens durchführte. Der Staat hat es versäumt,

geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass vor den Zwangsräumungen angemessene alternative Unterkünfte oder Umsiedlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Auch wurden den Bewohnern keinerlei Rechtsmittel oder Rechtsbeistand für diejenigen zur Verfügung gestellt, die diesen benötigten, um vor Gericht zu klagen.

Während der Abrissarbeiten wurden das Haus und die Unterkunft des Bürgermeisters in Brand gesetzt. Die Polizei verhaftete einen 23-jährigen Mann und einen 15-jährigen Jungen, die zu den mutmaßlichen Tätern gehörten. Die betroffenen Anwohner beschuldigten den Bürgermeister, ihnen die Grundstücke unrechtmäßig zugewiesen zu haben.